

Rüttgers und Seehofer für Neustart

Quelle: www.t-online.de, erschienen am 7. Januar 2010

Angesichts des Dauerstreits in der schwarz-gelben Bundesregierung haben sich der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers und CSU-Chef Horst Seehofer für einen Neustart der Koalition ausgesprochen. Nach dem Dreikönigstreffen der FDP habe man jetzt die Gelegenheit dazu, sagte Rüttgers auf der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth. Am 17. Januar will Kanzlerin Angela Merkel in einem Sechs-Augen-Gespräch der Parteivorsitzenden über die Streitthemen beraten.

Das vereinbarte Spitzentreffen würde er aber nicht als Krisentreffen bezeichnen, sagte Seehofer. Vielleicht sei er eben auch unempfindlicher als andere.

Seehofer selbstkritisch

Dass es zu Beginn einer Legislaturperiode zu Platzkämpfen komme, sei natürlich, so der CSU-Vorsitzende. "Das könnte unterbleiben, aber das gilt für meine Partei auch", ergänzte Seehofer selbstkritisch.

Dabei bleiben, was vereinbart wurde

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers betonte, die Zeit der zugespitzten Wahlkampfdebatten sei vorbei, und der Koalitionsvertrag sei auch in puncto Steuersenkung klar. "Man soll dabei bleiben, was vereinbart ist", mahnte Rüttgers.

Spitze gegen Homburger

Eine erneute Spitze gegen die FDP-Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger konnte er sich aber nicht verkneifen. Wenn Homburger Steuern unabhängig vom Geld in der Kasse senken könne, werde er sie gern für den Wirtschafts-Nobelpreis vorschlagen, spottete Rüttgers. "Ich glaube, dass wir die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Lage jetzt abwarten müssen und die nächste Steuerschätzung."

"Keine Neuinterpretation"

Auch Seehofer wollte keine konkrete Zusage für die Höhe der Steuersenkungen geben und wies zurück, dass er den Koalitionsvertrag infrage stelle. "Da gibt's keinen Schwenk, da gibt's keine Neuinterpretationen, da gibt's keine Verabschiedung."

FDP "von den Bäumen holen"

Laut "Leipziger Volkszeitung" seien sich CDU und CSU aber einig, dass sich Steuersenkungen lediglich im einstelligen Milliardenbereich realisieren lassen. FDP-Chef Guido Westerwelle müsse seine Partei "jetzt von den Bäumen runter holen", zitierte die Zeitung aus hochrangigen CSU-Kreisen.

Dobrindt: Nicht alles machbar

Generalsekretär Alexander Dobrindt hatte auf der Klausurtagung in Wildbad Kreuth darauf verwiesen, dass die Union in ihrem Wahlprogramm lediglich 15 Milliarden Euro Steuerentlastung zugesagt habe, die FDP dagegen 35 Milliarden. Es sei "nicht alles machbar, was der ein oder andere Partner sich wünscht", sagte Dobrindt dem Sender n-tv.

Künast: Sicherheitshalber durch den Körperscanner

Erwartungsgemäß ließ sich auch die Opposition einen Kommentar zum Dauerstreit und dem für den 17. Januar angesetzten Spitzengespräch nicht nehmen. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast schaffte es dabei, gleich zwei kontrovers diskutierte Themen unter einen Hut zu bringen. "Die Streithähne sollten vor dem Treffen sicherheitshalber durch den Körperscanner gehen, lästerte Künast.